

Memorandum des VCI-Mittelstands und der IGBCE

Für einen starken Chemie-Mittelstand in Deutschland!

Die Welt beneidet Deutschland um seinen starken Mittelstand. Die Unternehmen sind Jobgarant und Innovationstreiber. Das gilt besonders für die Chemie- und Pharmaindustrie mit ihren rund 1.900 Mittelständlern und 175.000 Beschäftigten. Allerdings: allein schon die notwendige Transformation zur CO₂-neutralen Industrie stellt diese Unternehmen vor gewaltige Herausforderungen.

Vor diesem Hintergrund beobachten Unternehmer sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit großer Sorge, dass wesentliche politische Weichenstellungen die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes bedrohen. Gemeinsam appellieren wir an die politischen Entscheidungsträger in Deutschland und Europa:

1. Energie- und Klimapolitik: EEG-Umlage abschaffen – Strompreis begrenzen – Erneuerbare ausbauen

Die chemische Industrie braucht zwingend eine verlässliche Energieversorgung zu wettbewerbsfähigen Preisen. Wir fordern die künftige Bundesregierung auf, die EEG-Umlage abzuschaffen: Sie belastet die Unternehmen mit 1,2 Milliarden Euro pro Jahr. Davon trägt der Mittelstand die Hauptlast. Zudem sind die erneuerbaren Energien auszubauen. Die Transformation kann nur gelingen, wenn für eine CO₂-neutrale Energieversorgung mit grünem Strom der Preis auf maximal 4 ct/kWh begrenzt wird. Andernfalls ist die Industrie international nicht wettbewerbsfähig.

Der Mittelstand stellt sich der enormen Herausforderung, die mit der Transformation zur klimafreundlichen Industrie einhergeht. Allein schaffen wir das allerdings nicht: Unsere Branche braucht immense Mengen erneuerbarer Energien und Wasserstoff. Der Ausbau von Stromtrassen und Infrastruktur darf sich nicht auf die Chemiezentren beschränken, sondern muss auch in den ländlichen Räumen stattfinden – wo viele Mittelständler beheimatet sind. Klar ist: Um die Klimaschutzziele zu erreichen, muss die öffentliche Hand massiv investieren.

2. Bürokratie abbauen und Genehmigungszeiten halbieren

Deutschlands Mittelstand leidet seit Jahren unter langwierigen und ineffizienten Genehmigungsverfahren. Das ist Gift für die Transformation der Industrie: Die Unternehmen müssen ihre Anlagen in den kommenden Jahren im Rekordtempo erneuern. Die Planungs- und Genehmigungszeiten müssen deshalb dringend halbiert werden. Wesentliche Stellschrauben lauten: Fristverkürzung, Rechtsklarheit und Digitalisierung der Verfahren.

Zudem leiden die schlank aufgestellten Mittelständler unter zu viel Bürokratie und starren Verwaltungsstrukturen. Ein „Weniger“ an Bürokratie wäre ein „Mehr“ an unternehmerischer Freiheit, Verantwortung und Selbstbestimmung für einen zukunftssicheren Industriestandort Deutschland.

3. Europäische Chemikalienstrategie mittelstandsverträglich gestalten

Die neue „Chemikalienstrategie für Nachhaltigkeit“ der EU-Kommission wird weitreichende Folgen haben. Zahlreiche bestehende und bewährte Vorschriften sollen abgeändert und verschärft werden, u. a. die REACH-Verordnung, Regelungen zur Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung (CLP-Verordnung) sowie zum Umwelt- und Arbeitsschutz. Wird die Chemikalienstrategie falsch umgesetzt, verringert sich die Zahl verfügbarer Chemikalien in Europa drastisch.

Eine solche Entwicklung wäre aus zweierlei Gründen fatal:

Erstens ist die Vielfalt der chemischen Stoffe und Materialien mit ihren unterschiedlichen Eigenschaften nicht nur eine wichtige Grundlage für nachhaltige Innovationen, sondern auch ein Schlüsselfaktor für die Entwicklung nachhaltigerer Produkte. Eine Einschränkung erschwert bzw. verhindert in Europa die Entwicklung und Bereitstellung von Produkten, die für eine nachhaltige Transformation unerlässlich sind – darunter unersetzbare Additive, Hochleistungskunststoffe oder Materialien für Batterie- und Wasserstofftechnologie. Absurd!

Zweitens handelt es sich bei vielen der bedrohten Spezialprodukte um klassische Domänen der mittelständischen Chemieindustrie. Viele Unternehmen würden großer Teile ihres Portfolios beraubt. Insgesamt würde dies die Wettbewerbsfähigkeit schwächen und Europa und Deutschland als Industriestandort und für die Entwicklung von Zukunftstechnologien unattraktiv machen. Erforderliche Produkte und Technologien müssen dann in anderen Regionen der Welt entwickelt und von Europa und Deutschland importiert werden. Werksschließungen, Know-how-Verlust, Reduzierung von Wertschöpfungsketten und Arbeitsplatzabbau wären die Folge.

Wir setzen uns für eine Chemikalienstrategie ein, die Kontinuität, Stabilität und Planungssicherheit im Chemikalienrecht gewährleistet, damit die Chance auf eine positive wirtschaftliche Entwicklung und Arbeitsplatzsicherheit gewahrt bleibt. Die wissenschaftliche Risikobewertung hat sich als Instrument für das Chemikalienmanagement bewährt und muss auch künftig erhalten bleiben. Neujustierungen müssen auch von Mittelständlern praktikabel umzusetzen sein.

Wir suchen den Dialog mit Politik im Bund und in der EU. Gemeinsam müssen wir Wege finden, um die Transformation der chemischen Industrie zur Klimaneutralität erfolgreich zu meistern – und den Mittelstand mit seinen Zehntausenden guten Arbeitsplätzen zu stärken!

Hannover, 24. November 2021



Christian Kullmann
Präsident des VCI



Michael Vassiliadis
Vorsitzender der IGBCE